

# Angekündigt ja - vorgelegt nein!

## *Presseinformation*

„Obwohl der Thüringer Ministerpräsident bereits Oktober 2007 für das erste Quartal 2008 gesetzliche Neuregelungen bei den Straßenausbaubeiträgen angekündigt hatte, hat er dem Landtag dazu noch nichts vorgelegt“, kritisiert der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE Frank Kuschel. Auch Vertreter der CDU-Landtagsfraktion hatten angekündigt, dass die Neuregelungen bis zur Sommerpause dieses Jahres beschlossen sein sollten.

*Seit mehreren Monaten warten  
Gemeinden und Bürger darauf,  
was die Landesregierung  
tatsächlich neu regeln will.*

In Thüringen müssen die Gemeinden nach einem Urteil des Thüringer Obergerichtes aus dem Jahr 2005 zwingend Straßenausbaubeiträge erheben; rückwirkend bis 1991. Anders verhält es sich in Sachsen, wo die Gemeinden selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie die Beiträge verlangen. Mehrere Gesetzesinitiativen der LINKEN zur Änderung der gesetzlichen Bestimmungen wurden

durch die CDU-Mehrheit im Landtag abgelehnt. Die Regierungspartei will an der Pflicht zur rückwirkenden Erhebung von Straßenausbaubeiträgen festhalten und den Gemeinden nur Stundungsmöglichkeiten einräumen. Nach Auffassung der LINKEN sind rund zwei Drittel der Thüringer Gemeinden von der rückwirkenden Erhebung von Straßenausbaubeiträgen betroffen. Diesbezügliche 652 Kleine Anfragen der Oppositionsfraktion hat die Landesregierung nicht beantwortet. Seit mehreren Monaten warten Gemeinden und Bürger darauf, was die Landesregierung tatsächlich neu regeln will. „Dieser Zustand der völligen Unklarheiten muss nun schnellstens überwunden werden. Die Landesregierung muss nun klar Farbe bekennen, was sie will oder eben nicht will“, fordert Frank Kuschel.

*652 Kleine Anfragen  
der Oppositionsfraktion hat  
die Landesregierung  
nicht beantwortet.*

Dabei werde die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

durch die LINKE grundsätzlich abgelehnt. „Wenn sich die Bürger schon am Bau von Straßen finanziell beteiligen sollen, ist dies vorher mit ihnen abzuklären“, begründet Frank Kuschel.

*der vermeintliche Zwang zur  
Erhebung der Straßenaus-  
baubeiträge darf nicht länger  
Praxis bleiben*

Der Landtagsabgeordnete hat sich mit dieser Thematik erneut mit einer Anfrage an die Landesregierung gewandt. Dabei will der Parlamentarier wissen, weshalb der angekündigte Gesetzentwurf dem Landtag noch nicht vorliegt und wann mit einer Vorlage zu rechnen sei. „Wir fordern zumindest, dass die Regelungen aus Sachsen auch in Thüringen zur Anwendung kommen können und der vermeintliche Zwang zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge nicht länger Praxis bleibt“, so der Politiker der LINKEN.

Frank Kuschel  
Dienstag, 13. Mai 2008